

Dresdener Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig.
Bismarck-Platz, Nr. 20013.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verwaltung:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnentenpreis einschließlich Postgebühren monatlich 1.50 M. Durch
die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 7.10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn-
und Feiertage. — **Telegramm-Adresse:** Dresdener Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Kopierspalt 50 Pfennig, darauf
40 Prozent Erwerbszuschlag. — Inserate sind im voraus zu bezahlen. —
Eine Verpflichtung zur Aufnahme an bezugsberechtigten Lesern kann nicht
abgenommen werden. — Für Briefkürzungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 92.

Dresden, Mittwoch den 23. April 1919.

30. Jahrg.

Die geschundene Gerechtigkeit.

Die einen und die andern.

Der Notenwechsel, der sich über Osnabrück zwischen der Entente und der deutschen Regierung entspannt, hat in der gesamten deutschen Presse ein gewaltiges Echo gefunden, das er beweist, was man schon ahnte, daß die Entente aus einem Frieden nicht nach den Versprechungen Wilsons, sondern nach dem Herzen der negativen Imperialisten und Kapitalisten zudenkt. Die Presse der Reichtümer stammt auf und macht die gegenwärtige Regierung von vornherein für alle Schmach und Schwere des kommenden Friedens verantwortlich, denn die Regierung habe zu wenig getan, um die Entente auf die 14 Punkte Wilsons zu verpflichten.

Nun weiß man trotz allen Sensationsmeldungen der in- und ausländischen Presse zwar noch immer nicht, wie der Friedensvertrag ausfallen wird, man kann voraussetzen, daß er hart sein wird. Was noch nicht, ob wir ihn unterzeichnen oder ablehnen, ist jeder dürfte wissen, daß wir zur Gegenwehr so gut wie keinerlei Mittel zur Verfügung haben und daß wir den Frieden annehmen müssen, sofern er Deutschland auch nur das Leben läßt. Denn das was heute jedes Kind in Europa, daß Deutschland bei Ablehnung des Friedensvertrags zu verhungern droht. Die Entente braucht bei Fortsetzung des Kriegs nicht einzuweichen, sie braucht nur die Blockade aufrechtzuerhalten — und sofort schwinden unsere letzten Lebensmittel dahin wie der Schnee im März. Sofern uns also der kommende Frieden einen Rest von Möglichkeit läßt, Deutschland mit zäher Arbeit wieder aufzubauen, wird ihn Deutschland annehmen müssen, denn wenn wir verhungern würden, müßte uns auch der Verständigungsfrieden nichts mehr.

Dies ist jener bürgerlichen Presse nachdrücklich gesagt, die sich Wunderdinge zu erhoffen scheint von einem Appell an die Gerechtigkeit und die in den letzten Wochen ihre Mißbilligung der Regierung Ebert-Scheidemann nicht oft genug ausdrücken konnte, weil diese Regierung den gewünschten Appell an das Gewissen der Welt angeblich nicht genügend handhabte. Auch wir hätten gewünscht, daß man in Weimar wenigstens einmal das internationale Kulturgewissen mit dem großen, glühenden Pathos der weltgeschichtlichen Stunde gepackt hätte. Aber jener Presse der Rechten, die jetzt fast täglich die Gerechtigkeit beim Widel hat, sprechen wir jedes Recht dazu ab. Um nur in Dresden zu bleiben: wo blieb denn der Sinn für Gerechtigkeit bei der gesamten biesigen bürgerlichen Presse, als in West-Witost der deutsche Generalstabfeldpotenzialtend aufstumpfte? Wo blieb denn damals bei denen, die heute über Vergewaltigung der Gerechtigkeit schreien, der Protest, als das niedergeworfene Russland vergewaltigt wurde? Damals ging die Gerechtigkeitstagsposten von heute die Vergewaltigung Russlands noch nicht weit genug! Wir wünschen, daß es keine blinde Kemeß gibt, denn sonst müßte das deutsche Volk büßen für das, was die Soldschreiber des Kapitalismus von damals an der Gerechtigkeit verhängelten.

Das wären die einen. Die andern sehen links. Sie schimpfen nicht mit auf Wilson, aber sie schimpfen für alle Hölle mit auf die Regierung Ebert-Scheidemann. Während nämlich die einen von rechts der Regierung den Vorwurf machen, daß sie der Entente die deutsche Faust nicht energisch genug zeigen, wirft das Berliner Organ der Unabhängigen dem Präsidenten Ebert vor, es sei ein „Unfug“, daß er zu erklären getraut habe, die deutsche Regierung würde nur einen Wilson-Frieden unterzeichnen können. Sönt man dies Beschrei der unabhängigen Blätter, so fragt man sich wiederum: Was wollen die Leute? Wollen sie der Entente von vornherein erklären: Wir unterzeichnen jeden Frieden? Das hieße denn doch der imperialistisch-kapitalistischen Wande des Westens das Spiel so leicht wie möglich machen. Aber das wollen die Unabhängigen doch wohl auch nicht. Sie wollen nur die Regierung Ebert-Scheidemann auch bei dieser Gelegenheit des Nationalismus verdächtigen. Das ist ihr inneres Programm. Ein Programm der auswärtigen Politik haben sie ebensowenig wie die von rechts. Aber beide Seiten tun, als hätten sie ein Rezept in der Tasche, das die gesamte Regierung Ebert-Scheidemann nur nicht anwenden sollte.

Wellecht äußern sich die von links und die von rechts endlich einmal über ihre Rezepte. Wir sind schon lange Ohr!

Nahmen des belgischen Staates eine weite Selbstständigkeit zu behalten. Der Kongreß nahm eine Tagesordnung an, in der es heißt, die Befreiung des linken Rheinrivers könnte durch die Armeen des Westbundes erfolgen, ohne daß sie darauf geachtet sein dürfe, das Recht der Völker, sich selbst zu bestimmen, zu schädern. Ferner nahm der Kongreß eine weitere Tagesordnung an, in der die Ausschließung eines vollständig sozialistischen Programms als Grundbedingung für die nächsten Wahlen erklärt und die Teilnahme der sozialistischen Arbeiter an der Regierung bestritten wird. Die nationale Wiederherstellung kann nicht zum Ziele haben die unzulässige Tätigkeit einer parlamentarischen Gruppe an der freien Verteidigung der Interessen des Proletariats anzuhängen, noch dem unmittelbaren selbständigen Bestehen der Arbeiterklasse Vortritt zu tun, das ebenso in politischer Beziehung wie hinsichtlich des Parteiwesens das höchste Ziel erreichen müßte.

Wilsonberichte.

Washington, 22. April. (Neuer.) Es wird berichtet, daß Wilson auf eine Anfrage über seine Haltung gegenüber dem geplanten Verteidigungsbündnis zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten antwortete, er würde nichts unternehmen, was den Vortrieb gefährden könnte oder mit dem Grundprinzipien im Widerspruch stehe.

Ungarns Dreifrontenkrieg.

Nach einer Meldung des Wiener Korrespondenzbüros sollen tschechoslowakische und rumänische Truppen die Offensive an der ungarischen Demarkationslinie ergriffen haben und bereits vor Raiborn eine Bahnstation besetzt. Von Budapest entfernt. Auch Groß-

wardein soll bereits genommen sein. Nach der Delimitation sind einige Hohenmitglieder nach Debreczin geflüchtet.

Der ungarische Zentral-Soldaten-, Arbeiter- und Bauernrat hat nach einer Meldung des ungarischen Korrespondenzbüros zur Verteidigung der Errungenschaften der Revolutionäre den Verteidigungskrieg beschlossen und angeordnet, daß die Hälfte der Arbeiterkraft sämtlicher Betriebe gegen die tschechischen, rumänischen und südslawischen Truppen zu den Waffen greifen solle. Damit stellt sich der Zentralrat auf den Boden eines nationalen Programms. Die ungarische Revolution erklärt sich immer deutlicher als ein Kampfprogramm nationaler Notwehr, und die B. S. weist mit Recht darauf hin, daß das Programm dieses Dreifrontenkrieges — Befreiung des ungarischen Gebiets, Wiederherstellung der Integrität des Königreichs Ungarn in seinen geschichtlichen Grenzen — auch das Programm aller früheren ungarischen Regierungen von Lajos bis Karolyi war.

Budapest, 22. April. Wie das Ung. Korrespondenzbüro meldet, hat die Militärregierung zum Oberbefehlshaber der Armee jenseits der Theiß den Volksbeauftragten Wilhelm Böhler ernannt. Zum Kommandanten der Kommissionen hinter der Front ernannte sie den Volksbeauftragten Tibor Szausz, der etwaige gegenrevolutionäre Bewegungen im Kriegsgebiet niederzuschlagen, sowie bei der Zivilbevölkerung und den Truppen hinter der Front Ordnung und Reinheit zu sichern soll. Volksbeauftragter Böhm ernannte zum Generalinspektör der Armee jenseits der Theiß Karel Stromfeld. Die Truppen sind im Laufe des gefrigen Tages auf der Linie Nagybörözy-Ménafjelso-Weres-Peronos stehen geblieben und blöh im oberen Theißtal des Nagybörözy vorgebrungen.

Schützt die Revolution!

Als im November 1918 die Revolution fast ohne jedes Widersehen gelungen war, da war im deutschen Volke die Hoffnung allgemein, daß in Deutschland alles, was den alten Polizeimethoden auch nur ähnlich sieht, für immer der Vergangenheit angehören werde. Um so schmerzlicher wird es jeder demokratisch Gesinnte empfinden, daß heute in Sachsen wie in andern Teilen Deutschlands der Belagerungsstand herrscht. In der unabhängigen sozialistischen Presse wird selbstverständlich über Verrat an der Revolution gesprochen. In Wirklichkeit aber waren die Maßnahmen, die jetzt ergriffen wurden, gerade deswegen notwendig, um die Errungenschaften der Revolution zu wahren. Es ist ein Schicksal aller Regierungen, die durch die Revolution aus Milder geformt sind, daß sie die Volksmassen nicht zu befriedigen vermögen. Durch eine Revolution werden Massen ausgerüttelt, die bis dahin aller Politik stumpf und verhandlungslos gegenüberstanden haben. Sie wissen nichts von all den Schwierigkeiten, die eine Regierung nach einer Revolution zu überwinden hat. Sie bilden sich ein, die siegreiche Revolution müsse ihnen auch noch eine baldige Besserung ihrer materiellen Lage bringen. Und weil das nicht geschieht, nicht geschehen kann, haben immer die Leute leichtes Spiel, die durch ihren Scheinradikalismus die neuen Regierungen zu übertrumpfen suchen. Kommen diese Radikalen aus Milder, so geht es ihnen ebenso wie es den bekämpften Regierungen gegangen ist. Auch sie können die Massen nicht zufrieden stellen und müssen oft noch radikaleren Regierungen weichen. So sehen wir, daß einer Revolution oft jahrelang Wirren und innere Kämpfe folgen. Schließlich tritt in den Massen ein solches Ruhebedürfnis ein, daß sie jedem zu jubeln, der ihnen zur Ordnung verhilft, mag es auch ein Vertreter der alten Gewalten sein, die durch die Revolution vertrieben sind. So endete die englische Revolution in der Mitte des 17. Jahrhunderts mit der Wiederherstellung des Königtums und aus den Wirren der großen französischen Revolution ging Napoleon Bonaparte als Kaiser der Franzosen hervor.

wollen wir nicht, daß auch von den Revolutionsregierungen Fehler gemacht werden, daß mancherlei unterdrückt ist, was ihnen hätte geschehen können, aber eine Zeit wie die unfruchtbarsten Forderungen an die Männer, die an verantwortlicher und leitender Stelle stehen, Anforderungen, denen nur Reichem von ganz ungewöhnlicher Ueberhebung im vollen Maße gerecht werden können, und solche Männer gibt es nur wenig.

Die an sich begreifliche und natürliche Mißstimmung, die in den Volksmassen herrscht, haben sich wahrlich vermehrt, und verberberische Elemente zunahme gemacht, die vor nichts zurückschrecken. Welche verderbliche Folgen die Folge der Spaltung und der ihnen geistesverwandten Unabhängigen hat, haben wir in Dresden gesehen, wo ein aus der Arbeiterklasse hervorgegangener Minister nicht viel mehr gemeldet worden ist. Die neuen Regierungen wollen das wahr machen, was wir von dem alten Staat immer gefordert haben. Sie wollen einen Bestand herbeiführen, wo nicht die freie Meinungsäußerung befristet, aber sie müssen auch aus den Erfahrungen der (re)deutschen Revolutionen lernen, die uns zeigen, daß die Errungenschaften einer Revolution auf höchste Gefahr ist, wenn man dem Fortwärtigen der Revolutionshyphen freien Lauf läßt. Es ist uns ein Ziel mit der Revolution. Wir wollen nicht, daß jemals die die Reaktion in Deutschland wiederkehrt. Soll das verhindert werden, so müssen die aus der Revolution hervorgegangenen Regierungen unter allen Umständen für Ruhe und Ordnung in Deutschland sorgen. Man muß hätte daran gedacht, gegen die Agitation der Spaltungsregierungen mit dem Belagerungsstand vorzugehen, solange sie sich auf eine Propaganda ihrer Anschauungen beschränkt hätten. Aber sie greifen ja, wo sie können, zur rücksichtslosesten Gewalt, und wo sie zur Herrschaft kommen, wie z. B. in München und Budapest, da lösen sie den rücksichtslosesten Terror gegen alle Andersdenkenden aus. Es ist eine ethische Forderung, wenn sie sich der Ernährung überlegen, daß sie von der Regierung nach den Methoden befragt werden, die sie selbst überall gebrauchen, wo sie die Macht dazu haben.

Geht es den Revolutionsregierungen von heute nicht, Ordnung zu schaffen, so wird das über kurz oder lang irgend eine reaktionäre Regierung tun. Viele von den Leuten, die heute Spaltung zurhaken, laufen in Monaten oder Jahren irgendetwas reaktionären General nach, wenn sie das Revolutionsstreben nicht haben und leben, daß auch die noch radikaleren ihnen nicht helfen können. Diese Regierungen handeln geradezu verwerflich an der Revolution, wenn sie dem verwerflichen und göttlichen Treiben der Kommunisten nicht mit äußerster Energie entgegensteuern, zumal der Spaltungsmächtern, der die Arbeiter immer wieder in sinnlose Streiks heißt, das deutsche Volk der dringlichsten Gefahr auszuweichen droht. Wäre es, es ist die höchste Gefahr vorhanden, Gefahr für das deutsche Volk, Gefahr für die Revolution. Da ist Nachgeben nicht am Platz. Da gilt es rücksichtslos durchzugreifen. Unter Volk muß der dem Schicksal bewahrt bleiben, daß nach einer Zeit der Wirren in irgendeiner Form die alten reaktionären Gewalten nicht wieder erheben können.

Belgisch-luxemburgische Fragen.

Amsterdam, 21. April. Nach einer Reutersmeldung aus Brüssel stimmt der belgische Sozialkongreß in Bezug auf die luxemburgische Frage einer Entschlüsselung zu, die besagt, daß mehr als jemals die Arbeiterpartei fern am Grunde der Selbstbestimmung steht der Völker festhalten müßte. Ferner erklärte er sich in einer Tagesordnung mit dem System einer Union einverstanden, das den Luxemburgern auszuweisen würde, im